

Niederschrift

über die Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung
am Donnerstag, **25.11.2010**, 17:00 Uhr - 19:44 Uhr,
Konferenzzimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Magnus Adams , Georg Berding , Olaf Dreßen , Jürgen Ohm , Werner Quante (ab TOP 8), Simone Wendland

von der SPD-Fraktion

Elke Leiendecker , Thomas Marquardt , Kurt Pölling , Lars Wieneke

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Gerhard Joks , Heribert Klas , Thomas Marczinkowski (bis 18.00 Uhr)

von der FDP-Fraktion

Jens-Ulrich Lenski

von der Fraktion DIE LINKE.

Ahmet Yesilyaprak

von der Ratsgruppe UWG/ÖDP

Gerd Kersting

von der Verwaltung

Martina Arndts-Haupt , Erwin Goerke , Dr. Wolf Heinrichs , Michaela Heuer , Horst-Werner Koch , Udo Köster (zu TOP 8), Jochen Lüken , Steffen Maser , Norbert Vechtel , Michael Volmering

für die Schriftführung

Andrea Gottlob

Es fehlten:

Fritz Pfau , Florian Steinforth , Dr. Rita Stein-Redent

**Punkt 2 der Tagesordnung
V/0598/2010**

**"Offensive für einen guten offenen Ganztag"
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL
und der Ratsgruppe UWG/ÖDP an den Rat Nr. A-
R/0030/2010 vom 09.03.2010**

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen/GAL und „Die Linke“ stellten folgenden Antrag:

„Der Punkt 3 der Vorlage wird ersatzlos gestrichen“ sowie ergänzend dazu:

„Für eine bessere Ausstattung der Offenen Ganztagsschulen mit Fachkräften werden im Haushalt 2011 anteilig zum Schuljahresbeginn 2011/12 (September 2011 bis Dezember 2011) 300.000 €, ab 2012 900.000 € für Erzieherinnen und Erzieher der Vergütungsgruppe S 6 bereit gestellt“.

Über die beiden Anträge wurde gemeinsam abgestimmt. Die Anträge wurden mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und Die Linke abgelehnt.

In der anschließenden Abstimmung beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlages nicht zu empfehlen. Die Vorlage wurde somit abgelehnt.

**Punkt 3 der Tagesordnung
V/0478/2010**

**Schließung der Lehranstalt für pharmazeutisch-
technische Assistenten/innen zum 31.08.2012**

Nach kurzer Diskussion im Ausschuss wurde einvernehmlich beschlossen, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

**Punkt 4 der Tagesordnung
V/0770/2010**

**Abfallwirtschaftsbetriebe Münster
- Wirtschaftsplan 2011
- Finanzplan 2011 - 2015**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme der Stellenübersicht der Abfallwirtschaftsbetriebe zu empfehlen.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0758/2010**

Wirtschaftsplan 2011 der citeq

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme der Stellenübersicht der citeq zu empfehlen.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0850/2010**

Wirtschaftsplan 2011 für Münster Marketing

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme der Stellenübersicht von Münster Marketing zu empfehlen.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0868/2010**

**Einführung einer Erstwohnsitzinitiative und Zweit-
wohnungssteuer für die Stadt Münster**

Herr Klas gab für seine Fraktion eine Stellungnahme zu der Vorlage ab.

Herr Pölling beantragte für die SPD, die Vorlage heute nicht zu beraten und sie ohne Beschlussfassung zu schieben.

Nachdem die von Herrn Lenski gestellte Frage zum Personalbedarf beantwortet wurde, beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig, die Vorlage zu schieben.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0766/2010**

Neufassung der Gebührensatzung für das Überlassen von Standplätzen bei Volksfesten (Send und Kirmessen) in der Stadt Münster

Herr Koch führte inhaltlich zur Vorlage aus. Herr Köster ergänzte und stellte die Details zur Ermittlung der Gebührensätze ausführlich dar. Herr Dr. Heinrichs gab den Hinweis, dass sich der Schaustellerverband in einem persönlichen Gespräch ausdrücklich mit den Gebührensätzen einverstanden erklärt habe. Es bestehe insofern ein guter Konsens.

Anschließend beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

Die als Anlage 1 beigefügte Gebührensatzung für das Überlassen von Standplätzen bei Volksfesten (Send und Kirmessen) in der Stadt Münster wird beschlossen (*Anlage 1 = Original der Niederschrift*)

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0825/2010**

Änderung der Gebührenordnung für Parkuhren und Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Münster

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Die 3. Änderung der Gebührenordnung für Parkuhren und Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Münster – 3. Parkgebührenänderungsordnung – (*Anlage 1 – Original der Niederschrift*) wird beschlossen.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis:
 - 2.1 Für sonstige bewirtschaftete Parkflächen im städtischen Besitz, die nicht dem öffentlichen Straßenverkehr gewidmet sind, wird gegenüber dem Betreiber, der Westfalenfleiß gGmbH, auf eine entsprechende Anpassung der Parkentgelte hingewirkt.
 - 2.2 Die Bewirtschaftungszeit der Parkscheinautomaten wird für die Parkzonen I und II auf täglich 08.00 Uhr bis 20.00 Uhr vereinheitlicht.
 - 2.3 In stadtzentralen Bereichen wird die Bewirtschaftungszeit auf 0.00 bis 24.00 Uhr ausgedehnt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201	Verkehrsflächen und Anlagen			
Zeile	04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2011 ff.	750.000	bei Umsetzung der Maßnahme ab dem 03.01.2011
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2011	60.000	In den Parkzonen I und II werden derzeit 138 Parkscheinautomaten und 118 Parkuhren betrieben. Die Umrüstungsmaßnahmen in 2007 verursachten Kosten in Höhe von 230 € pro Gerät. Für 2011 ist mit vergleichbaren Kosten zu rechnen, insgesamt 58.880 €.

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan 2011 bei der o. g. Produktgruppe über Veränderungsblätter zusätzlich zu veranschlagen.

Punkt 10 der Tagesordnung**Gewährung von Zuschüssen aus Mitteln der Gewinnausschüttung der Sparkasse Münsterland Ost**

Über die dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung zugewiesenen Anträge auf Gewährung von Zuschüssen aus Mitteln der Sparkasse Münsterland-Ost wurde einzeln wie folgt abgestimmt:

Antrags-Nr.	Antragsteller/in	Projekt	Beantragter Zuschuss
51	Free Running Dogs Münster	Hundenauslauffläche in Hilstrup	45.930,89 €
Der Antrag wurde <u>einstimmig</u> bei Enthaltung der FDP <u>abgelehnt</u> .			
142	Liebfrauenschützenbruderschaft	Ankauf eines Waffenschrankes	300,00 €
Der Antrag wurde <u>einstimmig</u> <u>abgelehnt</u> .			
188	UKM-Poliklinik für Unfall-, Hand- und Wiederherstellungschirurgie	Aufklärungskampagne Unfälle	60.000,00 €
Der Antrag wurde <u>einstimmig</u> bei Enthaltung der FDP <u>abgelehnt</u> .			
189 (verspätet)	Skatenight Münster	Skatenights in 2011	8.770,00 €
Herr Klas erklärte, warum seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Frau Wendland erklärte für die CDU, dass der Antrag abgelehnt werde und begründete dies. Nach kurzer Diskussion beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung <u>mehrheitlich</u> gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL, den Antrag <u>abzulehnen</u> .			

Im Anschluss erklärte Herr Pölling, dass das Verfahren zu den Zuschussanträgen aus seiner Sicht überdenkenswert sei. Herr Klas und Herr Marczinkowski ergänzten aus ihrer Sicht.

Punkt 11 der Tagesordnung

Beratung des Stellenplans 2011 der Stadt Münster

Die Beratung des Stellenplans 2011 brachte folgende Ergebnisse:

1. Anträge zum Stellenplan

Herr Lenski stellte für die FDP-Fraktion folgenden Antrag und begründete ihn:

„Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, mittels der schon angewandten Richtlinien bei der Besetzung frei werdender Stellen noch strikter als bisher auf Folgendes zu achten:
 - ob die Notwendigkeit zur Wiederbesetzung dieser Stellen überhaupt besteht
 - ob sie gegebenenfalls aus dem Kreis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung neu besetzt werden können
 - oder ob die Stellen über eine externe Ausschreibung besetzt werden müssen.
2. Wie bisher schon wird auf das Mittel betriebsbedingter Kündigungen verzichtet.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept nach dem Prinzip des „Lean-Management“ zu erarbeiten. Es soll Möglichkeiten sichtbar machen, wie man Hierarchiestrukturen überprüfen und - wo machbar – verflachen kann. Denn die veränderten Personalkapazitäten müssen auf Dauer dazu führen, dass die Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben an diese anpasst wird. Nach allen Erfahrungen z. B. aus der Freien Wirtschaft mit diesen Verschlankungs-Prozessen ist es allerdings dringend geboten, diesen „Strukturwandel“ mit allen Entscheidungsträgern, aber auch auf allen Entscheidungsebenen in Angriff zu nehmen, um sich aller Qualifikationen und Befähigungen zu versichern, die einen so schwierigen Prozess erfolgreich machen können.“

Herr Dreßen stellte für die CDU-Fraktion folgenden Antrag und begründete ihn:

„Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Haushaltskonsolidierung über die schon beschlossenen Maßnahmen hinaus nach weiteren Möglichkeiten der Reduzierung des Personaletats zu suchen. Dazu müssen Verwaltung und Politik eine intensive Aufgabenkritik der bisherigen Leistungen der Stadtverwaltung durchführen. So soll sowohl geprüft werden, ob Auslagerungen, z.B. der Bereiche Tiefbau oder Bäder, möglich sind als auch die Frage erörtert werden, bestimmte Aufgaben nicht mehr durch die Stadtverwaltung erbringen zu lassen.

Alle Punkte unterliegen der Maßgabe, dass betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen bleiben.“

Frau Wendland ergänzte die Ausführungen des Herrn Dreßen zu dem Antrag der CDU-Fraktion. In der folgenden Diskussion nahmen alle Fraktionen zu den Anträgen Stellung. Herr Dr. Heinrichs gab eine Stellungnahme für die Verwaltung ab.

Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung von 18.00 Uhr bis 18.05 Uhr ließ Frau Wendland über die Anträge abstimmen.

Der Antrag der FDP-Fraktion wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und FDP-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und Die Linke angenommen.

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und Die Linke angenommen.

Herr Kersting stellte für die Ratsgruppe UWG/ÖDP folgenden Antrag und begründete ihn:

„Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen und/oder Alternativen aufzuzeigen:

1. Dezernate
Die derzeitig bestehenden Dezernate sind mittelfristig durch Neuzuschnitt und Bündelung der Aufgabenbereiche auf vier Dezernate zu reduzieren.
2. Fachämter
Die vorhandenen Fachämter sind durch Zuständigkeitsbündelung und –umverteilung mittelfristig um fünf Ämter zu reduzieren.“

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL und Die Linke abgelehnt.

2. Stelleneinsparungen

2.1 Konsolidierungsprogramm 2007 - 2010

S. 35

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig bei Enthaltung der Stimmen von FDP und der Fraktion Die Linke mit den hier aufgeführten Stelleneinsparungen einverstanden.

2.2 Sonstige Stelleneinsparungen

S. 35

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig bei Enthaltung der Stimmen von FDP und der Fraktion Die Linke mit den hier aufgeführten Stelleneinsparungen einverstanden.

2.3 Konsolidierungsprogramm 2011 – 2014 (V/0438/2010)

- **Säule 1 – Organisationsentwicklung der Verwaltung (Anl. 4 in V/0438/2010, S. 11)**

Einsparvolumen nach Vorschlag der Verwaltung:

2011	2012	2013	2014 ff.
€	€	€	€
	500.000	1.000.000	1.500.000

Herr Pölling stellte für die SPD-Fraktion folgenden Antrag, der von der CDU-Fraktion unterstützt wurde:

„Das Einsparvolumen wird

- für 2012 auf 1.250.000 €
- für 2013 auf 2.000.000 € und
- für 2014 ff. auf 2.750.000 € festgesetzt.“

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Die Linke und FDP angenommen.

• **Säule 2 – Einzelmaßnahmen mit Personalbezug** (Anlage 4 in V/0438/2010, S. 15)

PG	lfd. Nr.	Maßnahme
0102	12	Standardreduzierung Ehrungen/ Gratulationen (90./95. Geburtstage) Die CDU-Fraktion stellte den Antrag, von der Gesamtreduzierung der Maßnahme nur 20 % zu kürzen und dies bei den Sachmitteln. Die Beträge liegen für 2011 bei 2.000 €, für 2012 bei 3.000 € und für 2013 und 2014 bei jeweils 5.000 €. Der Antrag wurde <u>mehrheitlich</u> mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und FDP bei Enthaltung der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u> .
	13	Weitere/erhebliche Standardreduzierung Ehrungen, Gratulationen (Hochzeiten, Geburtstage, Patenschaften) Die CDU-Fraktion stellte den Antrag, von der Gesamtreduzierung der Maßnahme nur 20 % zu kürzen und dies bei den Sachmitteln. Die Beträge liegen für 2011 bei 4.000 €, für 2012 bei 5.000 € und für 2013 und 2014 bei jeweils 7.000 €. Der Antrag wurde <u>mehrheitlich</u> mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der FDP <u>angenommen</u> .
0103	17	Einsparung Funktion Koordinierung Besuchsprogramme Der Konsolidierungsvorschlag wurde <u>einstimmig</u> bei Enthaltung der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u> .

PG	lfd. Nr.	Maßnahme
	18	Reduzierung Referent/-innen der Bürgermeister Herr Pölling stellte den Antrag, den Konsolidierungsvorschlag nicht aufzugreifen. Der Antrag wurde <u>mehrheitlich</u> mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und FDP bei Enthaltung der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u>.
	21	Reduzierung Sekretariat des Oberbürgermeisters Der Konsolidierungsvorschlag wird <u>einstimmig</u> bei Enthaltung der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u>.
0106	23	Reduzierung Prüfungsaufgaben Siehe lfd. Nummer 24
	24	(weitere) Reduzierung Prüfungsaufgaben Herr Klas stellte den Antrag, die Konsolidierungsvorschläge 23 und 24 nicht aufzugreifen und begründete dies. Der Antrag wurde <u>mehrheitlich</u> mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL bei Enthaltung von FDP und Die Linke <u>abgelehnt</u>.
0107	27	Reduzierung Online-Redaktion Die Verwaltung hatte diesen Vorschlag zurückgezogen. Der Konsolidierungsvorschlag wurde <u>nicht</u> aufgegriffen.
0108	32	Reduzierung Nachwuchskräfte gehobener Dienst/ Standardreduzierung Stellenausschreibungen Herr Pölling stellte den Antrag, den Konsolidierungsvorschlag nicht aufzugreifen. Der Antrag wurde <u>mehrheitlich</u> mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und FDP bei Enthaltung der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u>.
0113	49	Kumulierte Personalmaßnahmen (Reduzierung Einsatzmöglichkeiten Berufsrückkehrer/-innen) Der Konsolidierungsvorschlag wurde <u>einstimmig</u> bei Enthaltung der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u>.
0116	64	Reduzierung Migrations-/Integrationsmanagement Entsprechend der Beschlussfassung des ASGAf wurde der Kon-

PG	lfd. Nr.	Maßnahme
		solidierungsvorschlag <u>einstimmig</u> bei Enthaltung der Stimme der FDP <u>abgelehnt</u> . Statt dessen erfolgt eine Reduzierung der Sachmittel um 8.000 €.
0201	65	Reduzierung Service- und Ordnungsdienst (Streifengänge, Kontrollen, Reaktionszeiten ...) Frau Wendland stellte für die CDU-Fraktion den Antrag, den Konsolidierungsvorschlag so nicht aufzugreifen. Die Reduzierung soll nur 20.000 € betragen. Der Antrag wurde <u>mehrheitlich</u> mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und FDP bei Enthaltung der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u>.
0204	70	Streichung Samstagsöffnung Bürgerbüro Mitte Herr Pölling stellte den Antrag, den Konsolidierungsvorschlag nicht aufzugreifen. Der Antrag wurde <u>mehrheitlich</u> gegen die Stimme der FDP-Fraktion <u>angenommen</u>.
	71	Schließung Bürgerbüros Coerde, Gievenbeck, Gremmendorf Entsprechend der Beschlussfassung in den BV Südost und West wurde der Konsolidierungsvorschlag <u>mehrheitlich</u> gegen die Stimme der FDP in der Weise geändert, dass die Schließung der Bürgerbüros nicht erfolgt, jedoch der Einsparbeitrag entsprechend dem Hinweis der Verwaltung durch organisatorische Maßnahmen realisiert werden kann.
	72	Zusammenlegung Leitung BVSt Ost und Südost Frau Wendland stellte für die CDU-Fraktion den Antrag, den Konsolidierungsvorschlag so nicht aufzugreifen. Der Einsparbeitrag ist auf 60.000 € festzusetzen, wobei die Leitungsfunktionen in den Bezirksverwaltungen möglichst erhalten bleiben sollen. Der Antrag wurde <u>mehrheitlich</u> gegen die Stimme der FDP-Fraktion <u>angenommen</u>.
0206	75	Personalreduzierung (Arbeitsverdichtung) Siehe lfd. Nr. 76
	76	(Weitere) Personalreduzierung Arbeitsverdichtung Herr Klas stellte den Antrag, den Konsolidierungsvorschlag nicht aufzugreifen.

PG	lfd. Nr.	Maßnahme
		Der Antrag wurde <u>mehrheitlich</u> mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion Die Linke <u>abgelehnt</u> .
0207	78	Reduzierung Service raumbezogene statistische Daten Der Konsolidierungsvorschlag wurde <u>einstimmig</u> bei Enthaltung der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u> .
0209	79	Personalreduzierung Verwaltung Entsprechend der Beschlussfassung im AUB wurde dem Konsolidierungsvorschlag <u>mehrheitlich</u> bei Enthaltung der FDP und Fraktion Die Linke in der Weise entsprochen, dass die Einsparungen nicht an Stellen/Personal gebunden, sondern in einem von der Feuerwehr selbst benannten Bereich erbracht werden.
0301	82	Schließung PTA-Lehranstalt Der Konsolidierungsvorschlag wurde nicht aufgegriffen.
	86	Einsparung Medienpädagogik Der Konsolidierungsvorschlag wurde <u>einstimmig</u> bei Enthaltung von FDP und der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u> .
	87	Einsparung Sozialpädagoge/-in Mosaikschule Gievenbeck Die Beratung hierzu erfolgte unter Punkt 3.4 - Stellenvermehrungen
	88	Reduzierung Sekretariat Schulaufsicht Entsprechend der Beschlussfassung im ASW wurde der Konsolidierungsvorschlag insofern geändert, dass ein höheres Einsparvolumen von 31.000 € erzielt wird. Das entspricht der Einsparung von 0,75 Stelle. Dem geänderten Vorschlag wurde <u>mehrheitlich</u> gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion Die Linke <u>zugestimmt</u> .
	89	Reduzierung Verwaltung „Bildungsnetzwerk Münster“ Entsprechend der Beschlussfassung im ASW wurde der Konsolidierungsvorschlag insofern geändert, dass neben der halben Stelle für Verwaltungsaufgaben auch die beiden Stellen für Pädagogen/Pädagoginnen im „Bildungsnetzwerk Münster“ eingespart werden sollen.

PG	lfd. Nr.	Maßnahme
		Dem geänderten Vorschlag wurde <u>mehrheitlich</u> gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der FDP <u>zugestimmt</u> .
0302	94	Einsparung Sozialpädagoge/-in Lernwerkstatt Der Konsolidierungsvorschlag wurde entsprechend der Beschlussfassung im ASW <u>einstimmig</u> bei Enthaltung der FDP und der Fraktion Die Linke <u>abgelehnt</u> .
0402	98	Reduzierung Pädagogik Entsprechend der Beschlussfassung im ASW wurde der Konsolidierungsvorschlag <u>einstimmig</u> bei Enthaltung der FDP und der Fraktion Die Linke <u>abgelehnt</u> .
	99	Einsparung Kommunikationsdesigner/ -in (Öffentlichkeitsarbeit, Projekte) Entsprechend der Beschlussfassung im ASW wurde der Konsolidierungsvorschlag <u>einstimmig</u> bei Enthaltung der FDP <u>abgelehnt</u> .
	100	Reduzierung Verwaltung Entsprechend der Beschlussfassung im ASW wurde der Konsolidierungsvorschlag <u>einstimmig</u> bei Enthaltung der FDP <u>abgelehnt</u> .
0403	102	Reduzierung Angebote Der Konsolidierungsvorschlag wird <u>einstimmig</u> bei Enthaltung von FDP und der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u> .
0404	105	Standardreduzierung Haustechnik, Kundenservice, Erwerbung, Zweigstelle Coerde Der Konsolidierungsvorschlag wurde <u>einstimmig</u> bei Enthaltung von FDP und der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u> .
	106	Schließung Zweigstelle Aaseemarkt, Hansaplatz Entsprechend der Beschlussfassung im Kulturausschuss wurde der Konsolidierungsvorschlag <u>mehrheitlich</u> gegen die Stimme der FDP-Fraktion <u>abgelehnt</u> .
	107	Reorganisation (Reduzierung Management) Herr Klas stellte den Antrag, den Konsolidierungsvorschlag nicht

PG	lfd. Nr.	Maßnahme
		aufzugreifen. Der Antrag wurde <u>mehrheitlich</u> bei Enthaltung der FDP und der Fraktion Die Linke mit den Stimmen von CDU und SPD <u>abgelehnt</u> .
0502	114	Reduzierung Verwaltungsmanagement Der Konsolidierungsvorschlag wurde <u>einstimmig</u> bei Enthaltung von FDP und der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u> .
0503	117	Reduzierung Unterbringungskapazitäten städt. Übergangseinrichtungen Der Konsolidierungsvorschlag wurde <u>einstimmig</u> bei Enthaltung von FDP und der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u> .
	119	Reduzierung Verwaltungsmanagement Der Konsolidierungsvorschlag wurde <u>einstimmig</u> bei Enthaltung der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u> .
0505	120	Personalreduzierung Sekretariat siehe lfd. Nr. 123
	121	Personalreduzierung Rückforderung Siehe lfd. Nr. 123
	122	Personalreduzierung Sachbearbeitung Siehe lfd. Nr. 123
	123	Personalreduzierung Kriegsschadensrente, Archivierungsarbeiten Die Konsolidierungsvorschläge 120 – 123 wurden <u>mehrheitlich</u> gegen die Stimme der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u> .
0601	124	Stellenumwandlung Köchinnen in hausw. Gehilfinnen KiTa Kinderhaus Die Verwaltung hatte diesen Vorschlag zurückgezogen. Der Konsolidierungsvorschlag wurde nicht aufgegriffen.
0701	131	Reduzierung Arzneimittelüberwachung Der Konsolidierungsvorschlag wurde <u>einstimmig</u> bei Enthaltung von FDP und der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u> .
	132	Neuausrichtung Präventionsarbeit AIDS/ sexuell übertragbare Krankheiten Entsprechend der Beschlussfassung im ASGAf wurde der Konsolidierungsvorschlag <u>einstimmig</u> bei Enthaltung der FDP <u>abge-</u>

PG	lfd. Nr.	Maßnahme
		<u>lehnt.</u>
	133	Standardreduzierung Kommunale Gesundheitskonferenz (Tagungsrhythmus, Themenbeschränkung) Der Konsolidierungsvorschlag wurde <u>einstimmig</u> bei Enthaltung von FDP und der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u> .
	135	Standardreduzierung Hygieneüberwachung (Besichtigungen) Der Konsolidierungsvorschlag wurde <u>einstimmig</u> bei Enthaltung von FDP und der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u> .
0901	142	Standardreduzierung Raumordnung (Bauleitplanung, Stellungnahmen Nachbarkommunen) Der Konsolidierungsvorschlag wurde <u>einstimmig</u> bei Enthaltung von FDP und der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u> .
	143	Neuorganisation vorbereitende Planung (Verdichtung) Der Konsolidierungsvorschlag wurde <u>einstimmig</u> bei Enthaltung von FDP und der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u> .
	144	Reduzierung internes Management Der Konsolidierungsvorschlag wurde <u>einstimmig</u> bei Enthaltung von FDP und der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u> .
0902	146	Standardreduzierung Betreuung Gutachterausschuss Siehe lfd. Nr. 150
	147	Reduzierung vermessungstechnischer Außendienst Siehe lfd. Nr. 150
	148	Standardreduzierung Gebäudeeinemessung(süberwachung) Siehe lfd. Nr. 150
	149	Organisationsoptimierung (Vergrößerung Leitungsspannen) Siehe lfd. Nr. 150
	150	(weitere) Reduzierung vermessungstechnischer Außendienst Die Konsolidierungsvorschläge Nr. 146 – 150 wurden <u>einstimmig</u> bei Enthaltung von FDP und der Fraktion Die Linke <u>angenom-</u>

PG	lfd. Nr.	Maßnahme
		<u>men.</u>
1001	151	Standardreduzierung Bauaufsicht (Außenbereich) Der Konsolidierungsvorschlag wurde <u>einstimmig</u> bei Enthaltung von FDP und der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u> .
1202	167	Standardreduzierung Verkehrserhebungen (Echtzählzeiten) Der Konsolidierungsvorschlag wurde <u>einstimmig</u> bei Enthaltung von FDP und der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u> .
1303	172	Verzicht auf Freiwilliges Ökologisches Jahr (2 Plätze) Entsprechend der Beschlussfassung im ASW wurde der Konsolidierungsvorschlag <u>einstimmig</u> bei Enthaltung der FDP <u>abgelehnt</u> .
1401	175	Reduzierung Öffentlichkeitsarbeit (Umweltschutz, Klima) Herr Klas stellte den Antrag, den Konsolidierungsvorschlag nicht aufzugreifen. Der Antrag wurde <u>mehrheitlich</u> gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL bei Enthaltung der FDP und der Fraktion Die Linke <u>abgelehnt</u> . Der Konsolidierungsvorschlag wurde sodann <u>mehrheitlich</u> gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der FDP <u>angenommen</u> .
1503	181	Reduzierung haustechnischer Dienst Herr Klas stellte den Antrag, den Konsolidierungsvorschlag nicht aufzugreifen. Der Antrag wurde <u>mehrheitlich</u> gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion Die Linke <u>abgelehnt</u> . Der Konsolidierungsvorschlag wurde sodann <u>mehrheitlich</u> gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion Die Linke <u>angenommen</u> .

- **Säule 3 – Pauschale Reduzierung der (Personal-)Aufwendungen um 1,5 %**
(Anlage 4 in V/0438/2010, S. 79)

Einsparvolumen nach Vorschlag der Verwaltung (Personalaufwendungen):

2011	2012	2013	2014
€	€	€	€
2.482.300	2.486.520	2.488.610	2.488.610

Die CDU-Fraktion stellte den Antrag, die pauschale Reduzierung der Aufwendungen um 1,75 % anstelle der genannten 1,5 % vorzunehmen.

Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion Die Linke angenommen.

3. Stellenvermehrungen

3.1 aufgrund von Ratsbeschlüssen (Kenntnisnahme) S. 39

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den hier aufgeführten Stellenvermehrungen einverstanden.

3.2 nach Vorschlag der Verwaltung S. 39 – 43

Herr Pölling stellte für die SPD-Fraktion folgenden Antrag – in 3 Punkte unterteilt und in den einzelnen Punkten separat abgestimmt:

1. Punkt:

„Die Optimierung der städtischen Wohnungsvermittlung wird entsprechend der Vorlage V/0363/2010 ‚Anpassung des städtischen Belegungsmanagements zur Unterstützung Wohnungssuchender‘ vom 03.05.2010 ab dem Haushaltsjahr 2011 umgesetzt“

Der Antrag wurde einstimmig bei Enthaltung der Stimmen von FDP und der Fraktion Die Linke angenommen.

2. Punkt:

„Dazu wird im Stellenplan 2011 eine Vollzeitstelle, Entgeltgruppe S 15 ausgewiesen und zur Verfügung gestellt“

Der Antrag wurde bei Stimmengleichheit und Enthaltung von FDP und der Fraktion Die Linke abgelehnt.

3. Punkt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, bis zu den Haushaltsberatungen im Finanzausschuss zu berichten, ob und wie die Stelle für das Belegungsmanagement haushalts- und stellenplanneutral eingerichtet werden kann.“

Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und einer Stimmenthaltung angenommen.

Im Zusammenhang mit der Beratung des Antrags der SPD-Fraktion stellte Herr Klas für seine Fraktion folgenden Antrag:

Die Personalaufwendungen werden im Haushaltsjahr 2011 um 60.000 € und in den Folgejahren 2012 bis 2014 um jeweils 72.000 € angehoben für eine neu einzurichtende Stelle zur „Information, Beratung und Koordinierung für moderne Wohnformen im Alter, Mehrgenerationenwohnen und Wohnen für Menschen mit Pflege –und Unterstützungsbedarf“.

Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Im Übrigen erklärte sich der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig bei einer Stimmenthaltung mit den von der Verwaltung vorgeschlagenen Stellenvermehrungen (S. 39 – 43) einverstanden.

3.3 Arbeitsgemeinschaft Münster/ JobCenter

S. 44

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stellenvermehrungen zur Arbeitsgemeinschaft Münster/JobCenter einverstanden.

3.4 Anträge

Aufgegriffen wurden an diesem Punkt folgende Anträge/Anregungen/Konsolidierungsvorschläge, um zum Thema „Schulsozialarbeiter/innen“ gebündelt einen Beschluss zu fassen:

- Lfd. Nr. 87 der Konsolidierungsvorschläge (Mosaikschule)
- Beschluss des ASW zur Uppenbergschule (Vermehrung 2 x 0,67 Stelle)
- Anregung 168/2010 – Aufhebung eines kw-Vermerks an 0,5 Stelle Geschwister-Scholl-Realschule
- Antrag von Bündnis 90/Die Grünen/GAL auf Vermehrung von 2 x 0,75 Stellen in der Uppenbergschule
- Antrag von Bündnis 90/Die Grünen/GAL auf Aufstockung der Stelle in der Geschwister-Scholl-Realschule
- Antrag der SPD-Fraktion zur Bekämpfung der Kinderarmut

Nach Erörterung der Vorgehensweise in der Angelegenheit der Schulsozialarbeit stellte Frau Wendland für die CDU-Fraktion den Antrag, für die Schulsozialarbeit in der Uppenbergschule (2 x 0,67 Stellen), der Geschwister-Scholl-Realschule (5.000 € jeweils für 2011/2012) sowie der Mosaikschule (Wegfall der Einsparung) ein Gesamtbudget von 250.000 € zur Verfügung zu stellen. Die nach Abzug der für die hier genannten Schulen gebundenen Personalaufwendungen verbleibenden Mittel stehen dem Personal- und Organisationsamt zur freien, aber zweckgebunden Verfügung.

Der Antrag wurde einstimmig bei Enthaltung der FDP angenommen.

Herr Kersting stellte folgenden Antrag:

„Sollte der Antrag zur Konsolidierungsmaßnahme Nr. 186 „Anhebung der Hundesteuer“ im Rat beschlossen werden, werden gegebenenfalls Stellen für Ordnungspersonal zwecks Hundebestandsaufnahme sowie Kontrolle von Leinenpflicht, Maulkorbverordnung und sonstiger möglicher Ordnungswidrigkeiten in diesem Zusammenhang erforderlich. Hilfsweise sollen die Stellen durch Umschichtung eingerichtet werden.“

Nachdem alle Fraktionen und die Verwaltung zu dem Antrag Stellung bezogen hatten, beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig, den Antrag abzulehnen.

4. Stellenveränderungen durch Zugang aus den Wirtschaftsplänen bzw. Übergang in die Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen

(Verwaltungsentwurf)

S. 47

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stellenveränderungen einverstanden.

5. Stellenwertveränderungen/ Stellenverlagerungen aufgrund von Organisationsmaßnahmen und/oder Personalumsetzungen

(Verwaltungsentwurf)

S. 51

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stellenwertveränderungen einverstanden.

6. Stellenhebungen

(Verwaltungsentwurf)

S. 55 – 57

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stellenhebungen einverstanden.

7. Anpassung des Stellen-Solls an die Ist-Einstufung nach Organisationsmaßnahme und/oder Personalumsetzung/-einsatz

(Verwaltungsentwurf)

S. 61 – 62

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Anpassung des Stellen-Solls einverstanden.

8. Stellenumwandlungen

(Verwaltungsentwurf)

S. 65 – 67

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stellenumwandlungen einverstanden.

9. Stellenabwertungen

(Verwaltungsentwurf)

S. 71 – 72

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stellenabwertungen einverstanden.

10. Zeitlich befristete Projekte

(Verwaltungsentwurf/ Kenntnisnahme)

S. 75 – 76

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den zeitlich befristeten Projekten einverstanden.

11. Schlussabstimmung über den Stellenplan der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2011

Vor der Schlussabstimmung über den Stellenplan gab Herr Klas eine abschließende Stellungnahme für seine Fraktion ab und erklärte, dass seine Fraktion insbesondere die Säulen 1 und 3 der Konsolidierungsmaßnahme ablehne und deswegen dem Stellenplan nicht zustimmen werde.

Anschließend beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der FDP, dem Rat die Annahme des Stellenplans der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2011 in der Fassung des Verwaltungsentwurfs unter Berücksichtigung der in diesem Beratungsverlauf beschlossenen Veränderungen sowie der sich aus den Beschlüssen zu den heute beratenden Vorlagen ergebenden Veränderungen zu empfehlen.

Punkt 12 der Tagesordnung

Beratung des Haushaltsplans 2011 der Stadt Münster

Die Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2011 brachte folgende Ergebnisse:

A. Beratung der Sparvorschläge aus der Bürgerschaft

Die Sparvorschläge wurden einzeln beraten. Es ergaben sich folgende Abstimmungen:

K-013-a „Einsparungen im Bereich Dienstfahrzeuge/Dienstfahrten“

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, den Vorschlag abzulehnen.

K-014 „Anwesenheit an Weiberfastnacht und Rosenmontag“

SPD und CDU stellten den Antrag, eine Empfehlung an die Verwaltung auszusprechen, den Mitarbeiter/innen am Rosenmontag – wie im Einzelhandel der Innenstadt auch – einen halben Tag frei zu geben und den anderen halben Tag über Jahresarbeitszeit auszugleichen. Dies solle über eine Betriebsvereinbarung geregelt werden. Darüber hinaus solle der Vorschlag auf die Wahlhelfer ausgedehnt werden, was bedeute, dass die Wahlhelfer entgegen der bisherigen Regelung statt eines vollen Tages nur noch einen halben Tag frei bekämen.

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL bei Enthaltung der Fraktion Die Linke angenommen.

K-017-a „Bürokratieabbau in der Verwaltung“

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, den Vorschlag nicht aufzugreifen.

K-020-b „Verschiedene Sparvorschläge u.a. Beamtenbesoldung“

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, den Vorschlag nicht aufzugreifen.

K-022 „Weiberfastnacht/Rosenmontag“

Hierzu verwies der Ausschuss auf die Abstimmung zum Vorschlag K-014.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, die folgenden Vorschläge nicht aufzugreifen:

- K-026 „Hundesteuer“
- K-031 „Ahndung Hundehaltung“
- K-038 „Größe der Verwaltung“
- K-042-d „verschiedene Sparvorschläge“
- K-055-c „Promenadenflohmarkt“
- K-063 „Winterdienst/Bußgeld für Streusalzbenutzung“
- K-065 „Stellen beim Service- und Ordnungsdienst“

B. Beratung der Teilergebnis- und Finanzpläne einschließlich der Konsolidierungsmaßnahmen aus der Vorlage „V/0438/2010“ und dazu vorliegende Anträge

Frau Wendland erläuterte das vorgesehene Beratungsverfahren. Die in die Zuständigkeit des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung fallenden Produktgruppen einschließlich der dazu vorliegenden Konsolidierungsvorschläge wurden einzeln aufgerufen. Frau Wendland bat die Fraktionen, ihre Änderungsanträge zu den jeweiligen Produktgruppen zu stellen.

Die Beratung brachte folgendes Ergebnis:

Produktgruppe 0105 – Personal- und Schwerbehindertenvertretung:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 478 – 481) wurde einstimmig angenommen.

Produktgruppe 0108 - Personal- und Organisationsamt:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 494 – 497) sowie die Konsolidierungsvorschläge Nr. 28, 29, 30 und 31 wurden einstimmig angenommen.

Zum Konsolidierungsvorschlag Nr. 32 wurde auf die Abstimmung zum TOP 11 verwiesen.

Der Konsolidierungsvorschlag Nr. 33 wurde nicht aufgegriffen.

Produktgruppe 0110 – Recht:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 502 - 507) wurde einstimmig angenommen.

Der Konsolidierungsvorschlag Nr. 38 wurde in der Weise geändert, dass die Einsparsumme jährlich 27.000 € betragen solle. Dem geänderten Vorschlag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion Die Linke zugestimmt.

Produktgruppe 0113 – Zentrale Dienste:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 523 - 529) sowie die Konsolidierungsvorschläge Nr. 48,

50 und 51 wurden einstimmig angenommen. Zum Konsolidierungsvorschlag Nr. 49 wurde auf die Abstimmung zum TOP 11 verwiesen.

Produktgruppe 0201 – Ordnungsrechtliche Angelegenheiten:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 554 - 562) wurde einstimmig angenommen.

Zum Konsolidierungsvorschlag Nr. 65 wurde auf die Abstimmung zum TOP 11 verwiesen.

Produktgruppe 0202 – Gewerberechtliche Angelegenheiten:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 564 - 572) wurde einstimmig angenommen.

Produktgruppe 0203 – Straßenverkehrsrechtliche Angelegenheiten:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 574 - 584) wurde bei Enthaltung der FDP-Fraktion einstimmig angenommen.

Zum Konsolidierungsvorschlag Nr. 66 stellten Herr Klas sowie Herr Kersting den Antrag, keine Kürzung vorzunehmen. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL abgelehnt.

Die Fraktionen CDU und SPD stellten den Antrag, den Einsparbeitrag auf jährlich 50.000 € anstelle der vorgeschlagenen 70.000 € festzusetzen. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP und der Fraktion Die Linke angenommen.

Zum Konsolidierungsvorschlag Nr. 67 wurde der Antrag gestellt, den Einsparbeitrag bei 28.000 € zu belassen, jedoch kein mobiles Messgerät zu beschaffen sondern das Einsparvolumen mit zwei fest installierten Anlagen zu erreichen. Der Antrag wurde einstimmig bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP und der Fraktion Die Linke angenommen.

Produktgruppe 0204 – Bürgerangelegenheiten:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 586 - 595) sowie die Konsolidierungsvorschläge Nr. 68 und 73 wurden einstimmig angenommen.

Herr Kersting stellte zum Konsolidierungsvorschlag Nr. 69 den Antrag, die Einsparsumme auf 22.000 € anzuheben. Der Antrag wurde einstimmig bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP und der Fraktion Die Linke abgelehnt. Der Konsolidierungsvorschlag Nr. 69 wurde sodann entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Die Linke angenommen.

Zu den Konsolidierungsvorschlägen Nr. 70 – 72 wurde auf die Beschlussfassung zum TOP 11 verwiesen.

Produktgruppe 0205 – Standesamtsangelegenheiten:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 596 - 604) sowie der Konsolidierungsvorschlag Nr. 74 wurden einstimmig angenommen.

Produktgruppe 0206 – Ausländerangelegenheiten:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 606 – 610) wurde einstimmig angenommen.

Zu den Konsolidierungsvorschlägen Nr. 75 und 76 wurde auf die Beschlussfassung zum TOP 11 verwiesen.

Produktgruppe 0208 – Wahlen:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 618 – 622) wurde einstimmig angenommen.

Produktgruppe 1503 – Stadthalle Hilstrup:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 530 – 534) wurde einstimmig angenommen.

Der Konsolidierungsvorschlag Nr. 180 wurde mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion Die Linke angenommen.

Zum Konsolidierungsvorschlag Nr. 181 wurde auf die Abstimmung zum TOP 11 verwiesen.

Der Konsolidierungsvorschlag Nr. 182 wurde mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Produktgruppe 1504 – öffentliche Toilettenanlagen:

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 536 - 537) wurde einstimmig angenommen.

C. Zeilen 11 und 12 des Ergebnisplanes (Personal- und Versorgungsaufwendungen) sowie Zeilen 10 und 11 des Finanzplanes (Personal- und Versorgungsauszahlungen):

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 11 und 12, Band 1) wurde einstimmig bei Enthaltung der Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP und der Fraktion Die Linke angenommen.

D. Säule 1 der Anlage 4 der Vorlage V/0438/2010: Korrespondierend zu den Abstimmungen zum Stellenplan: Personalaufwendungen sowie Sachaufwendungen der oben aufgeführten Produktgruppen:

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der FDP-Fraktion einverstanden.

E. Säule 3 der Anlage 4 der Vorlage V/0438/2010: Korrespondierend zu den Abstimmungen zum Stellenplan: Personalaufwendungen sowie Sachaufwendungen der oben aufgeführten Produktgruppen:

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der FDP-

Fraktion einverstanden.

F. Positionen in der Veränderungsliste (Produktgruppen 0108, 0205) und Veränderungsblätter als Tischvorlage (Produktgruppe 0208)

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig bei Enthaltung von FDP und der Fraktion Die Linke mit den Veränderungen einverstanden.

G. Schlussabstimmung zum Haushaltsplan-Entwurf 2011:

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss anschließend mehrheitlich mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP und der Fraktion Die Linke die in die Zuständigkeit des Ausschusses fallenden Teilergebnis- und Finanzpläne, die gesamten Personal- und Versorgungsaufwendungen bzw. – auszahlungen einschließlich der mit der Veränderungsliste, dem Veränderungsblatt und den hier gefassten Beschlüssen - einschließlich der Konsolidierungsmaßnahmen - jeweils vorgeschlagenen Veränderungen anzunehmen.

Punkt 13 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Gez.
Simone Wendland
Vorsitz

gez.
Andrea Gottlob
Schriftführung